

Krause-Junk, Gerold

Article — Digitized Version

Warum (eigentlich) keine Beschäftigungsprogramme mit öffentlichen Ausgaben?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krause-Junk, Gerold (1981) : Warum (eigentlich) keine Beschäftigungsprogramme mit öffentlichen Ausgaben?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 12, pp. 604-608

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135629>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Warum (eigentlich) keine Beschäftigungsprogramme mit öffentlichen Ausgaben?

Gerold Krause-Junk, Berlin

Soll der Staat in der gegenwärtigen Situation aus beschäftigungspolitischen Gründen zusätzliche Staatsausgaben tätigen? Ja doch, wenn es ein beschäftigungspolitisches Erfordernis gibt und Beschäftigungspolitik mit Hilfe öffentlicher Ausgaben erfolgreich sein könnte. Inwieweit diese Bedingungen erfüllt sind, analysiert Prof. Krause-Junk.

Was das beschäftigungspolitische Erfordernis anlangt, so scheint es angesichts einer prognostizierten Arbeitslosenzahl von über 1,5 Millionen außer Frage zu stehen. Allerdings besteht natürlich ein gewisses definitorisches Problem. Nicht jeder arbeitslos Gemeldete muß es auch im Sinne ökonomisch-theoretischer Kriterien sein. Lange Zeit hat die Lehrbuch-Definition eines Arbeitslosen – „arbeitslos ist, wer zum herrschenden Lohnsatz arbeiten will, aber keine Arbeit findet“ – als zweckmäßig gegolten, weil es damit relativ einfach schien, die eigentlichen, nämlich „unfreiwillig“ Arbeitslosen von jenen zu trennen, die gar nicht arbeiten wollen. Man muß aber wohl heute erkennen, daß das Lehrbuch-Kriterium beim Versuch seiner empirischen Anwendung erhebliche Schwächen aufweist. Zum einen ist es in praxi gar nicht leicht, die wirklich Arbeitswilligen von denjenigen zu trennen, die sich aus anderen Gründen arbeitslos melden, und umgekehrt diejenigen Arbeitswilligen auszumachen, die sich aus welchen Gründen auch immer nicht arbeitslos melden. Zum anderen bereitet der Begriff des „herrschenden Lohnsatzes“ Interpretationsprobleme. Wenn jemand eine ihm angebotene Arbeit ausschlägt, weil ihm der Ar-

beitslohn zu niedrig, die Arbeit zu schwierig, der Arbeitsplatz zu entfernt, das Betriebsklima zu unersprißlich usw. erscheint, ist er dann freiwillig oder unfreiwillig arbeitslos? Er wäre es freiwillig, wenn der ihm angebotene Lohnsatz (bereinigt um die spezifischen Arbeitsbedingungen) genau dem entspräche, was er vernünftigerweise erwarten kann. Er wäre es unfreiwillig, wenn der ihm angebotene Lohnsatz niedriger wäre. Kann man aber verlangen, daß der einzelne immer so handelt, wie es „vernünftig“ wäre? Kann und darf er nicht auch bewußt auf die kleine Chance setzen, doch noch Besseres zu finden? (Eine Chance, die er möglicherweise bei Annahme einer anderen Arbeit nicht wahrnehmen kann, weil die Arbeitssuche zumindest zeitaufwendig ist.)

Die zuletzt genannte „Sucharbeitslosigkeit“ mag nun gerade dann eine zunehmende Bedeutung erlangen, wenn der rasche Strukturwandel im Vergleich zu früher nicht nur häufigere Arbeitsplatzwechsel, sondern im Durchschnitt auch mehrere Berufswechsel im Arbeitsleben eines Menschen erfordert. Das macht es dem einzelnen zunehmend schwerer, seine sich jeweils verändernden Berufschancen und letztlich auch Lohnchancen realistisch einzuschätzen.

Was hat dies mit unserem Thema zu tun? Nun, es könnte sein, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitslosen sogenannte Sucharbeitslose sind, die eben nicht chancenlos sind, sondern sozusagen die Freiheit einer durch das „soziale Netz“ wenigstens zeitweise und halbwegs gesicherten Existenz nutzen, die best-

Prof. Dr. Gerold Krause-Junk, 44, ist Ordinarius für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

möglichen Bedingungen für den neuen Start zu finden. Und man könnte der Meinung sein, daß diese Art von Arbeitslosigkeit weniger dringend oder gar keine staatlichen Interventionen verlange. Der Staat könnte hier nur insofern gefordert sein, als er die Arbeitssuche nach Kräften zu erleichtern und die Arbeitsvermittlung noch wirksamer zu gestalten habe. Darüber hinausgehende beschäftigungspolitische Programme würden den Prozeß der Arbeitsplatz- bzw. Berufswechsel eher stören und schlimmstenfalls verhindern, daß die Arbeitssuchenden die einzel- und vor allem volkswirtschaftlich optimale Beschäftigung finden.

Aber wie schon oben angedeutet: Angesichts des quantitativen Ausmaßes an Arbeitslosigkeit verlieren derartige Überlegungen an Gewicht. Man mag sich streiten, ob 400 000 oder 600 000 Arbeitslose sozusagen den „natürlichen“ Bodensatz ausmachen, nicht aber 1,5 Millionen. Damit können wir uns der Kernfrage zuwenden: Wie erfolgreich könnte ein auf zusätzlichen öffentlichen Ausgaben aufgebautes Beschäftigungsprogramm sein?

Grundbedingungen

Staatliche Beschäftigungsprogramme sind nur sinnvoll, wenn sie

- (a) die volkswirtschaftliche Beschäftigung tatsächlich erhöhen und
- (b) die volkswirtschaftliche Produktion nicht vermindern.

Daneben dürfen sie natürlich auch gegen eine Reihe anderer gesamtwirtschaftlicher Ziele, wie zum Beispiel das Ziel einer gleichmäßigen Verteilung und das Ziel eines außerwirtschaftlichen Gleichgewichts, nicht nachhaltig verstoßen. Wir wollen uns hier aber auf die beiden „Grundbedingungen“ eines positiv zu beurteilenden Beschäftigungsprogramms konzentrieren. Beide mögen auf den ersten Blick überraschen. Scheint es doch selbstverständlich, daß öffentliche Beschäftigungsprogramme – zumal solche mit Hilfe zusätzlicher Ausgaben – zusätzliche Beschäftigung schaffen. Und geradezu als trivial mag empfunden werden, daß mehr Beschäftigte auch mehr produzieren. Daß aber beides nicht so sein muß, macht es letztlich so schwierig, im Streit um staatliche Beschäftigungsprogramme eine sichere, gar wissenschaftlich begründete Position zu finden.

Zu (a): Beschäftigungsprogramme über zusätzliche Staatsausgaben sind auf viele Arten vorstellbar. Die nachhaltigsten Beschäftigungseffekte glaubte man lange Zeit von zusätzlichen kreditfinanzierten Ausgaben für Güter und Dienste erwarten zu können. Die Begrün-

dung war einfach und plausibel: Mit Ausgaben für Güter und Dienste schafft der Staat unmittelbar *in voller Höhe* und mittelbar über die damit angeregten privaten Konsum- und Investitionsausgaben *multiplikativ* volkswirtschaftliche Nachfrage. Diese wird letzten Endes auch zu Mengeneffekten führen und damit den volkswirtschaftlichen Faktoreinsatz, die Beschäftigung, erhöhen. Besonders überzeugend erscheint diese Argumentation dann, wenn der Staat selbst zusätzlich Beschäftigte einstellt.

Investitionen als kritische Größe

Doch leider ist dieses vertraute Argumentationsgebäude gründlich ins Wanken geraten. Auf eine einfache Formel gebracht lautet die neue Einsicht: Die vom Staat zusätzlich entfaltete Nachfrage kann – über kurz oder lang – zu einer erheblichen, ja schlimmstenfalls stärkeren Einschränkung privater Nachfrage führen. Als kritische Größe gelten die privaten Investitionen. Diese mögen nämlich aus einer Reihe von Gründen negativ auf zusätzliche kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben reagieren.

Erstens mag der Staat mit seiner Nachfrage und dem ihr entsprechenden zumeist kostenlosen oder nicht kostendeckenden Angebot öffentlicher Güter und Dienstleistungen private Produktion unrentabel machen. Beispiel für eine derartige, möglicherweise auch aktuelle Gefahr wären zusätzliche öffentliche Investitionen im Verkehrsbereich, in dem ja öffentliche und private Produktion konkurrieren.

Zweitens mag die staatliche Nachfrage sich zumindest zum Teil gerade auf diejenigen Faktoren richten, die ohnehin knapp sind und damit dem privaten Einsatz entzogen würden. Bekanntlich existieren ja Über- und Unterbeschäftigung nebeneinander, und es dürfte auch im öffentlichen Bereich kaum eine Produktion geben, die sich allein auf gegenwärtig Nichtbeschäftigte stützen könnte.

Drittens mag die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben nachteilige Effekte auf das private Investitionsverhalten auslösen. Dabei wird man wohl zweckmäßigerweise solche Effekte, die einen realen Hintergrund haben, von jenen unterscheiden, die mehr psychologisch bedingt sind.

Auswirkungen staatlicher Nachfrage

Zur ersten Gruppe zählen die folgenden möglichen Wirkungen: Öffentliche Kredite erschweren möglicherweise die Befriedigung privater Kreditwünsche. Jedenfalls wird selbst von den Forschungsinstituten der hohen öffentlichen Kreditnachfrage eine zinstreibende

Wirkung zugeschrieben. Dies ist unseres Erachtens nicht zwingend und allenfalls dann richtig, wenn der Staat dank schlechten Managements sozusagen die Preise verdirbt; denn die naheliegende Vorstellung, daß allein wegen der zusätzlichen Kreditnachfrage die Zinsen steigen müßten, ist insofern schief, als die Mittel ja im Zuge der Verausgabung durch den Staat in den privaten (Banken-)Sektor zurückfließen und den Spielraum für private Kreditschöpfung allenfalls durch die erhöhten Mindestreserven auf die zusätzlichen privaten Guthaben einschränken.

Ein anderer und wohl schwerer wiegender Effekt zusätzlicher staatlicher Kreditnachfrage resultiert aus dem folgenden Zusammenhang. Langfristige und – vom möglichen Geldwertverlust einmal abgesehen – risikolose Staatspapiere sind möglicherweise enge Substitute zur Bildung privaten Realkapitals (z. B. im Wohnungsbau). Werden sie in großem Umfang und zinsträchtig angeboten, kann es nicht ausbleiben, daß Unternehmer zu Couponschneidern, Realinvestoren zu Finanzinvestoren werden. Diese Gefahr ist natürlich um so größer, je eher es tatsächlich zutrifft, daß die staatliche Kreditnachfrage zu steigenden Zinsen führt bzw. deren konjunkturgerechtes Absinken verhindert.

Ein weiterer Aspekt mit realwirtschaftlichem Hintergrund sind die Wirkungen des vom Staat zu leistenden Schuldendienstes auf die private Investitionskalkulation: Sie wird durch die Erwartung höherer Steuern belastet. Zwar ist es Unfug, daß durch öffentliche (Inlands-)Schulden die künftige Generation insgesamt in dem Sinne belastet würde, als sie etwas zurückzahlen müßte, was andere geborgt haben. Von der – immer noch relativ geringfügigen – Auslandsverschuldung abgesehen, ist ja die künftige Generation gleichermaßen Erbe von Schulden und Forderungen und somit – was die Nettogeldvermögensposition angeht – als Ganze nicht anders gestellt, als wenn es die Staatsschulden gar nicht gäbe. Aber die künftige Generation erbt sozusagen auch ein personelles Verteilungsproblem. Die Inhaber von Forderungen (und zwar nicht nur gegenüber dem Staat) haben Nettoansprüche an die übrigen Staatsbürger, die möglicherweise größer sind, als wenn es die zusätzliche Staatsverschuldung nicht gegeben hätte. Dafür spricht im geringen Maße die Möglichkeit, daß die heutigen Erwerber von Staatspapieren und künftigen Erblasser ohne diese Staatspapiere nur kleinere Vermögen vererbt hätten. (Die Staatspapiere haben sie zum Nettosparen animiert.) In stärkerem Maße dürften es die – aus welchen Gründen auch immer – im Zuge der Staatsverschuldung eintretenden Zinssteigerungen sein, die Inhabern der Forderungsrechte zugute kommen.

Ein rational denkender Investor mag nun folgende Überlegung anstellen: Die auf die Gesellschaft bzw. den Staat zukommenden personellen Verteilungsprobleme werden nach aller Erfahrung in der Weise zu lösen versucht, daß man die wirtschaftlich leistungsfähigeren Staatsbürger stärker besteuert. Als Besitzer von Realkapital werden er oder seine Erben sich diesen Steuerdestinataren zurechnen lassen müssen. Der Planungshorizont unseres Investors verdüstert sich.

Psychologische Befürchtungen

Neben diesen durchaus realwirtschaftlichen Überlegungen mögen andere mehr im Psychischen verankerte Befürchtungen mit zusätzlichen Haushaltsdefiziten verbunden werden. Nicht anders ist es zu verstehen, wenn die Forschungsinstitute oder auch der Sachverständigenrat davon sprechen, daß die Haushaltsdefizite das allgemeine Investitionsklima verschlechtern und pessimistische Erwartungshaltungen begründen.

Da ist zunächst die Befürchtung, Haushaltsdefizite würden zwangsläufig zu inflationären Entwicklungen führen, in deren Verlauf unvorhersehbare Steigerungen der laufenden Produktionskosten, namentlich der Löhne, die realen Ertragschancen des installierten Realkapitals – trotz dessen möglicher Wertsteigerungen – senken. Wir halten diese Befürchtungen deswegen für realwirtschaftlich unbegründet, weil Haushaltsdefizite, zumal in einer Situation allgemeiner Nachfrageschwäche, nicht inflationär wirken müssen. Dies würde allenfalls dann gelten, wenn die zusätzliche kreditfinanzierte Staatsnachfrage ungünstig plazierte auf solche Sektoren träfe, deren Kapazitäten ausgelastet und nicht kurzfristig vergrößerbar sind. Vieles hängt in diesem Fall davon ab, wie die unmittelbaren Adressaten zusätzlicher Staatsnachfrage die Finanzpolitik einschätzen: Vertrauen sie auf eine langfristig ausgleichende Finanzpolitik, mögen sie die Erweiterung ihrer Kapazitäten anstreben. Glauben sie dagegen nur an ein kurzfristig entfachtetes Strohfeuer, werden sie natürlich eher mit Preisen als mit Mengen reagieren. Doch dieses Reaktionsspektrum gilt allgemein für alle Anbieter, die sich einer – aus welchen Gründen auch immer – erhöhten Nachfrage gegenübersehen. A priori spricht nichts dafür, daß es gerade die kreditfinanzierten öffentlichen Ausgaben sein müßten, bei denen die Preiseffekte überwiegen. Das schließt aber selbstverständlich nicht aus, daß potentielle private Investoren dennoch mit solchen Preiseffekten rechnen, inflationäre Entwicklungen erwarten und – aus den erwähnten Gründen – in Reaktion auf zusätzliche Haushaltsdefizite ihre Investitionspläne zurückstecken.

Haushaltsdefizite scheinen aber auch jenseits aller mit ihnen verbundenen Inflationsängste und viel unmittel-

telbarer jenes vage, aber offenbar so empfindsame Investitionsklima zu belasten. Da ist die Anrühigkeit des Unsoliden, die sich bis zum Verdacht des drohenden Staatsbankrotts verdichtet, in dessen Sog vielleicht auch so mancher braver Investor zu geraten befürchtet. Sofern solche Ängste wirklich verbreitet sein sollten, hilft auch Aufklärung wenig. Wer wirklich Angst hat, mag sich schon bestätigt fühlen, wenn nur darüber geredet wird. Und da die Ertragschancen einer Investition nicht nur von der eigenen Aktivität des Investors, sondern ganz entscheidend davon abhängen, daß auch andere investieren, genügt es für diese Art negativer Wirkungen öffentlicher Defizite allein, daß es potentielle Investoren gibt, die Angst haben, daß andere Angst haben.

Effekte auf die Produktion

Zu (b): Wenden wir uns nun der zweiten Bedingung zu, die wir oben für (ausgabenpolitische) Beschäftigungsprogramme als wesentlich bezeichnet haben: Sie dürfen zumindest keine negativen Effekte auf die volkswirtschaftliche Produktion auslösen. Diese Bedingung halten wir deswegen für wichtig, weil es ja sonst vernünftig wäre, die Arbeitslosen aus der volkswirtschaftlichen Produktion zu alimentieren. Dies gilt zumindest dann, solange man nicht in der Beschäftigung selbst, unabhängig von deren produktivem Ergebnis, ein wünschenswertes Ziel sieht, oder doch zu dieser Art „unproduktiver“ Beschäftigung noch eine Alternative erblickt.

Warum aber sollte als Folge zusätzlicher Beschäftigungsprogramme und – unterstellen wir jetzt einmal – erhöhter volkswirtschaftlicher Beschäftigung die volkswirtschaftliche Produktion sinken? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, von denen wir im folgenden einige nennen wollen.

Der erste Grund mag in der schon oben behandelten, immerhin denkbaren inflationären Wirkung liegen. Inflationäre Prozesse verschlechtern im allgemeinen die Allokation der volkswirtschaftlichen Ressourcen, weil sie das Preissystem in seiner Funktionsfähigkeit beeinträchtigen. Wir wollen darauf nicht weiter eingehen, weil wir – wie schon angedeutet – möglichen defizitfinanzierten zusätzlichen Staatsausgaben in der gegenwärtigen Situation keine starken Inflationseffekte zuordnen.

Gefahr der Ineffizienz

Den zweiten und wichtigeren Grund sehen wir in der Gefahr, daß die über staatliche Ausgabenprogramme bewirkte Produktion in dem Sinne ineffizient ist, als die vom Staat erstellten Leistungen nicht den Bedürfnissen der Bürger entsprechen. Gemessen an diesen Bedürf-

nissen mag die volkswirtschaftliche Produktion trotz formaler Aufblähung – die öffentlich erstellten Leistungen gehen formal in das Sozialprodukt ein – materiell abnehmen.

Diese Vermutung mag freilich angesichts ungebrochener Wünsche nach typischen öffentlichen Leistungen, wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Wohnungen, Nahverkehrssystemen, Umwelterhaltung usw., als eigentümlich erscheinen. Aber die Bürger unterstellen ja fast stets, wenn sie entsprechende Wünsche laut werden lassen, eine öffentliche Finanzierung, d. h. eine kostenunterdeckende, wenn nicht gar kostenlose Bereitstellung der entsprechenden Güter. Würden all die erwähnten öffentlichen Leistungen zu Kostenpreisen angeboten, dürften sie auf eine weitaus geringere Nachfrage treffen. Mit anderen Worten: Gewichtet an der individuellen Bereitschaft zum Einkommensverzicht, der sogenannten Zahlungsbereitschaft, dürfte kein großer Mangel an öffentlichen Gütern existieren. Eine weitere Bindung von Ressourcen zur Produktion öffentlicher Leistungen würde in diesem Fall, auch wenn sie insgesamt zu erhöhter volkswirtschaftlicher Beschäftigung führte – zumindest mittel- und langfristig – einer materiellen Produktionsverminderung gleichkommen.

Nun mag man gerade bei öffentlichen Leistungen das Bewertungsschema nach der privaten Zahlungsbereitschaft für unangebracht halten. Der Staat hat sozusagen eigene Prioritäten zu setzen, die er allein dem politischen Votum des Staatsbürgers, nicht aber dessen Zahlungsbereitschaft zu unterwerfen braucht. Dieser Meinung kann man durchaus sein; nur nimmt man damit in Kauf, daß viele Bürger zwischen dem, was sie dem Staat an Abgaben zu entrichten haben, und dem, was er dafür leistet, erhebliche Diskrepanzen sehen und daraus Konsequenzen für die eigene Aktivität ziehen. Insbesondere bei zusätzlichen, beschäftigungspolitisch motivierten, kreditfinanzierten Staatsausgaben ist die Gefahr ziemlich latent. Man braucht gar nicht an Keynes und die berühmten Löcher zu denken, die zusätzlich eingestellte Staatsbedienstete auf- und zuschaukeln. Auch zusätzliche Rathäuser und Schwimmbäder, selbst Bildungseinrichtungen mögen zwar nützlich sein, aber letztlich nicht dem entsprechen, wie mündige Staatsbürger ihr Einkommen verwendet sehen wollen.

Beschäftigungsprogramme über zusätzliche öffentliche Ausgaben wären nach dieser Argumentation nur zu empfehlen, wenn die öffentlichen Ausgaben nachhaltige Vorteile für die – bewertete – volkswirtschaftliche Produktion mit sich brächten. Es liegt ganz auf dieser Argumentationslinie, wenn die Forschungsinstitute und auch der Sachverständigenrat eine strukturelle Verän-

derung der Staatsausgaben verlangen. Freilich lassen sich vermutliche Fehlentwicklungen (z. B. im Bereich der Finanzhilfen und der Personalausgaben) relativ leicht behaupten, aber schwer belegen und noch schwerer an Alternativvorschlägen messen. Sicher würde man es sich zu einfach machen, wenn man anstelle sogenannter Konsumausgaben nunmehr höhere Investitionsausgaben des Staates verlangen würde. Abgesehen davon, daß die Abgrenzung beider Ausgabenkategorien gar nicht leicht ist – bleiben wirklich alle als konsumtiv bezeichneten Ausgaben, zum Beispiel die Lehrgelöhner, ohne Zukunftswirkung? –, werden doch Ausgaben nicht allein deswegen nützlicher, daß sie ihren Nutzen eher morgen als heute stiften.

Dilemma staatlicher Programme

Das Dilemma beschäftigungspolitischer Programme des Staates besteht nun darin, einerseits nützliche, d. h. von den Staatsbürgern unter Berücksichtigung der vollen Kosten als vorteilhaft bewertete Produktionen aufzunehmen, andererseits aber Nachfrage dort entfalten zu müssen, wo Beschäftigungseffekte am ehesten zu erwarten sind, nämlich in strukturschwachen Regionen und Sektoren, und zwar insbesondere dort, wo jener Typ von Arbeitskräften gebraucht wird, der am stärksten von Arbeitslosigkeit bedroht ist. Bei alledem besteht noch die Gefahr, daß der Staat mit seiner eigenen Nachfrage von heute gleichsam die Beschäftigungsprobleme von morgen schafft. Würde er zum Beispiel alle arbeitslosen Lehrer in den Staatsdienst einstellen, müßte dies erneut – wie zu Zeiten der Bildungseuphorie – den Beruf und damit die Ausbildung zum Lehrer als attraktiv erscheinen lassen. Und die Studienabgänger von morgen könnten mit Recht verlangen, daß sie mit ihren Vorgängern gleich behandelt werden.

Soll der Staat nach alledem auf beschäftigungspolitische Interventionen verzichten und sozusagen auf die Kräfte des Marktes vertrauen? Wir müssen bei der Antwort wohl noch einmal auf den Umstand hinweisen, daß Quantitäten in Qualitäten umschlagen. Bei Arbeitslosigkeiten der prognostizierten Größenordnungen dürfte vielleicht die Schaffung von Beschäftigung als solche auf das Verständnis, ja die Zustimmung der Bürger stoßen, selbst wenn die Bürger das Produktionsergebnis zusätzlicher Beschäftigung eher negativ einschätzen. Die Bürger werden aber zu Recht fragen, ob zusätzliche kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben wirklich der einzige Weg sind, auf dem das Beschäftigungsproblem überwunden werden könnte. Und dabei stößt man zwangsläufig auf die Zentralbankpolitik und das angesichts der ausgeprägten Investitionsschwäche abnorme Zinsniveau.

Geldpolitik gefordert

Im Gegensatz zu einer verbreiteten Auffassung können wir nicht den Standpunkt teilen, daß die Zinsen so hoch sind, weil sich der Staat so stark verschulde. Umgekehrt wird schon eher ein Schuh daraus: Weil die Zinsen so hoch sind und die private Investitionsbereitschaft lähmen, kommt es zu den wirtschaftlichen Einbrüchen, die den Staat teils wegen der damit verbundenen Rückgänge der Steuereinnahmen, teils wegen der Verpflichtung zur aktiven Gegensteuerung dazu zwingen, Kredite aufzunehmen. Der Verweis auf die Hochzinspolitik der USA verfängt unseres Erachtens nicht. Gerade die frei schwankenden Wechselkurse – so man sie wirklich frei schwanken ließe – erlauben ja eine weitestgehende Abkoppelung der inländischen von der ausländischen Geldpolitik. Natürlich würden Kapitaltransfers ins Ausland zu Kursverschlechterungen der DM führen und damit die Importpreise für Erdöl steigen lassen. Man kann aber wohl nicht sinnvollerweise aus Furcht vor steigenden Rohölpreisen den Wechselkurs stützen wollen und gleichzeitig die Steuern auf Mineralöl erhöhen, um damit Substitutionseffekte auszulösen.

Zusammengefaßt wollen wir unseren Standpunkt wie folgt angeben: Als ultima ratio sind angesichts der sich rapide verschlechternden Beschäftigungserwartungen auch Beschäftigungsprogramme über öffentliche Ausgaben nicht zu verwerfen. Auch der hohe Stand der Staatsschulden und die schon jetzt notwendige Neuverschuldung können für diesen letzten Ausweg kein Hinderungsgrund sein; denn es kommt bei der Beurteilung solcher Programme allemal nicht auf die *Gesamtwirkung* des öffentlichen Schuldenstandes oder der öffentlichen Haushalte, sondern allein auf die *partiellen Wirkungen dieser zusätzlich ergriffenen Maßnahmen* an. Haben sie positive Effekte auf Beschäftigung und Produktion, sind sie gerechtfertigt, unabhängig von dem bis dahin erreichten Stand der Staatsverschuldung. Und selbst wenn die Erfüllung der Produktionsbedingung nicht gewährleistet sein sollte, mag in der gegenwärtigen Situation allein der Umstand, zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, die wichtige Zustimmung durch den Staatsbürger und Steuerzahler finden. Vor diesem letzten Mittel sollte aber die Geldpolitik gefordert sein, endlich für ein der Situation angemessenes Zinsniveau Sorge zu tragen. Angesichts der nachlassenden Konsum- wie Investitionsnachfrage gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, im gegenwärtigen Ausmaß den Sparer vor dem Konsumenten und den Finanz- vor dem Realinvestor zu belohnen. Sonst sind wir alle am Ende im Besitz von Forderungen, für die man sich real nichts kaufen könnte.